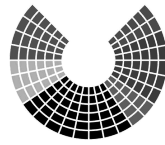


Klima und Politik



Dies sind jeweils Ausschnitte aus den Wahlprogrammen zur diesjährigen Bundestagswahl, sofern diese bereits vorliegen. Andernfalls orientieren wir uns an den Grundsatzprogrammen der Parteien.

CDU

„Unser ureigenstes Anliegen ist die Bewahrung der Schöpfung. Das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft ist fester Bestandteil christdemokratischer Politik. Nachfolgende Generationen haben ein Recht auf wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und eine intakte Umwelt.“ Deshalb soll Deutschland bis 2050 klimaneutral sein. Demensprechend soll der Kohleausstieg bis 2038 sozial verträglich geschafft werden.

Leistungsfähigere Windkraftanlagen, die Natur- und Artenschutz ermöglichen, sollen ausgebaut werden, um smarte Wärmelösungen zu fördern. „Ziel ist die Reduzierung und Optimierung von emissionsbelastetem Verkehr bei gleichbleibender Leistungsfähigkeit.“ Dazu gehört die Förderung von Erforschung und Erprobung synthetischer Kraftstoffe. „Hier muss die Europäische Union weiterhin eine Vorreiterrolle als Vertreterin für mehr Nachhaltigkeit weltweit einnehmen und beispielsweise den Verbrauch an Kohlendioxid in der EU bis 2030 um mindestens 40% gegenüber 1990 reduzieren.“

Orientiert an und Auszüge aus dem Grundsatzprogramm der CDU - zuletzt aufgerufen am 06.05.21 unter:
https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/bericht_zum_grundsatzprogramm_0.pdf?file=1

SPD

Die SPD setzt sich zum Ziel, bis spätestens 2050 klimaneutral zu wirtschaften, die Klimaneutralität Deutschlands bis 2050 zu erreichen und spätestens 2038 die Kohleverbrennung zu stoppen.

Außerdem soll „Europa bis spätestens 2050 zum ersten nachhaltigen und treibhausgasneutralen Kontinent“ werden und „eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels einnehmen.“

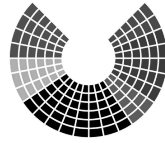
„Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. [...] Diese Maßnahme leistet auch einen Beitrag zur sozialen gerechten Finanzierung der Energiewende.

Wir werden dafür sorgen, dass Bürger*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten.“ Die SPD wird außerdem „Schlüsselindustrien auf ihrem Weg zur Klimaneutralität unterstützen und konkrete Transformationsvorgaben entwickeln. Wir werden Deutschland bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien machen – für die Erzeugung klimafreundlichen Stahls, für CO₂-arme LKWs und den Schiffs- und Flugverkehr.“

„Um in Deutschland bis 2050 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt, in den 2020er Jahren, die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze [...].“

Orientiert an und Auszüge aus dem Wahlprogramm der SPD zur BTW 2021 - zuletzt aufgerufen am 06.05.21 unter:
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/20210301_SPD_Zukunftsprogramm.pdf

Klima und Politik



Dies sind jeweils Ausschnitte aus den Wahlprogrammen zur diesjährigen Bundestagswahl, sofern diese bereits vorliegen. Andernfalls orientieren wir uns an den Grundsatzprogrammen der Parteien.

Die AfD will „das Projekt der Dekarbonisierung über die 'Große Transformation' beenden und den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aufheben, das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 (...) kündigen“ und „aus allen staatlichen und privaten 'Klimaschutz'-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.“

Die Windenergie sei laut AfD „ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv.“ Deshalb wird der weitere Ausbau von Windenergie strikt abgelehnt.

Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu senken, sowie die Sektoren Mobilität und Wärme durch Umstellung auf Ökostrom ebenfalls emissionsfrei werden zu lassen, erfordert laut AfD „einen Ausbau der Windenergieanlagen in einem Ausmaß und mit einer Geschwindigkeit, die Wirtschaft und Bürger überfordern“. Die bestehenden Kernkraftwerke „wollen wir deshalb nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen. Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten können.“

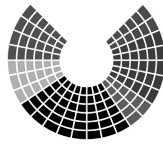
Orientiert an und Auszüge aus dem Bundestagswahlprogramm 2017 der AfD - zuletzt aufgerufen am 06.05.21 unter:
https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf



Die FDP möchte das europäische Ziel der Klimaneutralität zum Jahr 2050 „durch ein striktes CO₂-Limit“ und „durch ein umfassendes Emissionshandelssystem“ erreichen. Hierzu ist ein internationaler CO₂-Zertifikatenhandel, dessen Preise jährlich ansteigen, angedacht. Die Freien Demokraten fordern „eine ideologiefreie umweltpolitische Gesetzgebung und die Förderung einer lebendigen, innovativen Startup-Kultur“, die unter anderem Geo-Engineering ermöglicht, um durch gesteigerten Erfindergeist neue klimafreundliche Technologien im freien marktwirtschaftlichen Wettbewerb voranzutreiben. Dabei lehnen sie unnötige Markteingriffe sowie technische Auflagen oder Fahrverbote zur Treibhausgasreduzierung der EU ab. Die FDP will Stromspeicher ausbauen und „als eigenständige Säule des Energiesystems (...) rechtlich definieren und für einen wirtschaftlichen Betrieb von Abgaben und Umlagen befreien“. Zudem sollen alternative Kraftstoffe und die Entwicklung klimafreundlicher Technologien gefördert, die Energienutzung optimiert und die Zertifizierung vereinfacht werden, um CO₂ zu vermeiden.

Orientiert an uns Auszüge aus dem Wahlprogramm der FDP zur BTW 2021 - zuletzt aufgerufen am 06.05.21 unter:
<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2021/04/16/programmwurf-nie-gab-es-mehr-zu-tun-2.pdf>

Klima und Politik



Dies sind jeweils Ausschnitte aus den Wahlprogrammen zur diesjährigen Bundestagswahl, sofern diese bereits vorliegen. Andernfalls orientieren wir uns an den Grundsatzprogrammen der Parteien.

DIE LINKE.

„Der Markt regelt nichts, wir müssen den Markt regeln! Wir wollen eine Zukunft im Zeichen von Solidarität und sozialer Sicherheit, von Frieden und Klimagerechtigkeit.“

Für „den Umbau zu einer weitgehend kohlendioxidfreien, energie- und ressourcensparenden Wirtschaft und Infrastruktur“ in den nächsten zwei Jahrzehnten, plant die Linke, durch einen „Transformationsfond über 20 Milliarden Euro pro Jahr“ in „klimagerechte und sinnvolle Arbeit“ zu investieren, wodurch insbesondere die Automobilindustrie umgebaut und Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Die Linke fordert eine sofortige Energiewende durch eine „Entmachtung“ der Energiekonzerne und die „Überführung der Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand“. Dazu ist eine „Investitionsoffensive für CO₂-freie und klimaneutrale Wirtschaft und Infrastruktur bis spätestens 2040“ geplant. Der Ausstieg aus der Kohleenergie soll bis 2030 erfolgen, um bis 2035 vollständig auf erneuerbare Energien umzusteigen. Die geforderte „Mobilitätsrevolution“ umfasst den Übergang zu einem kostenlosen und flächendeckenden ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) sowie Investitionen in den Bau von Radwegen und den Städteumbau. Kurzstreckenflüge sollen durch Zugverbindungen und die „Agrarindustrie“ durch eine ökologische Landwirtschaft ersetzt werden.

Orientiert an und Auszüge aus dem Wahlprogramm von die Linke zur BTW 2021- zuletzt aufgerufen am 06.05.21 unter: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/2021-02-08_wahlprogrammenwurf_presentation.pdf



Die Grünen möchten das deutsche Klimaziel für 2030 auf -70% Reduktion anheben. „Nur so kann es gelingen, dass wir Europäer*innen deutlich vor Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden.“ Sie setzen sich dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden und möglichst schnell vollständig auf erneuerbare Energien umzusteigen. „Für die Bereiche Verkehr und Wärme wurde in Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO₂-Preis eingeführt, dessen Lenkungswirkung aber weiter verbessert werden muss.“

Die Partei will die Erhöhung des CO₂-Preises auf 60€ auf das Jahr 2023 vorziehen und den Preis anschließend weiter steigen lassen. Um den Bundeshaushalt klimagerechter zu machen, werden die Grünen des weiteren klimaschädliche Subventionen schrittweise abbauen.

Außerdem stehen die Grünen für eine „ressourcenschonende, nachhaltige und naturverträgliche Landwirtschaft“ ein.

„Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus (...) Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-Pfad führen.“

Orientiert an und Auszüge aus dem Wahlprogramm von Bündnis 90 die Grünen zur BTW 2021- zuletzt aufgerufen am 06.05.21 unter: https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammwurf.pdf

Klima und Politik



Zur Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und der 1,5°C-Grenze fordert FridaysForFuture:

🕒 10 min
 👤 Einzelarbeit
 📁 Stift

Aufgabe:

Suche Dir eine Partei aus und notiere deren Positionierung zu den Forderungen.

ODER

Suche Dir eine Forderung aus und notiere die unterschiedlichen Positionierungen der Parteien dazu .

1. Nettonull 2035 erreichen
2. Kohleausstieg bis 2030
3. 100% Erneuerbare Energieversorgung bis 2035
4. Ende der Subventionen für fossile Energieträger
5. Sofortige CO2-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen (180€ pro Tonne CO2)
6. Sofortiges Abschalten von 1/4 der Kohlekraftwerke

Notizen:

GLOSSAR:

CO2-Steuer:

Je nachdem, welche Menge Treibhausgase ausgestoßen wird, muss der Verursacher dafür Geld zahlen. So wird bewirkt, dass der Treibhausgasausstoß verringert wird. Bei der Einführung der Steuer wird ein Startpreis festgesetzt, der dann ansteigt.

Energieversorgung:

Die Versorgung mit Energie einschließlich Energieträgern. Eine 100% erneuerbare Energieversorgung bedeutet also, dass auch der Energiebedarf in anderen Sektoren als der Stromerzeugung, wie z.B. im Verkehr oder der Wärmebereitstellung durch erneuerbare Energien gedeckt wird.

Fossile Energieträger:

Kohle, Öl und Gas

Nettonull:

Es wird nur die Menge Treibhausgase ausgestoßen, die durch natürliche Prozesse (z. B. Wachstum von Pflanzen) wieder aufgenommen wird.

Subventionen:

Geldzuschüsse vom Staat an Unternehmen, Betriebe oder Einzelpersonen, um das Wirtschaftsgeschehen zu beeinflussen. Neben Finanzhilfen und Steuervergünstigungen meinen wir hier explizit auch indirekte Subventionen.

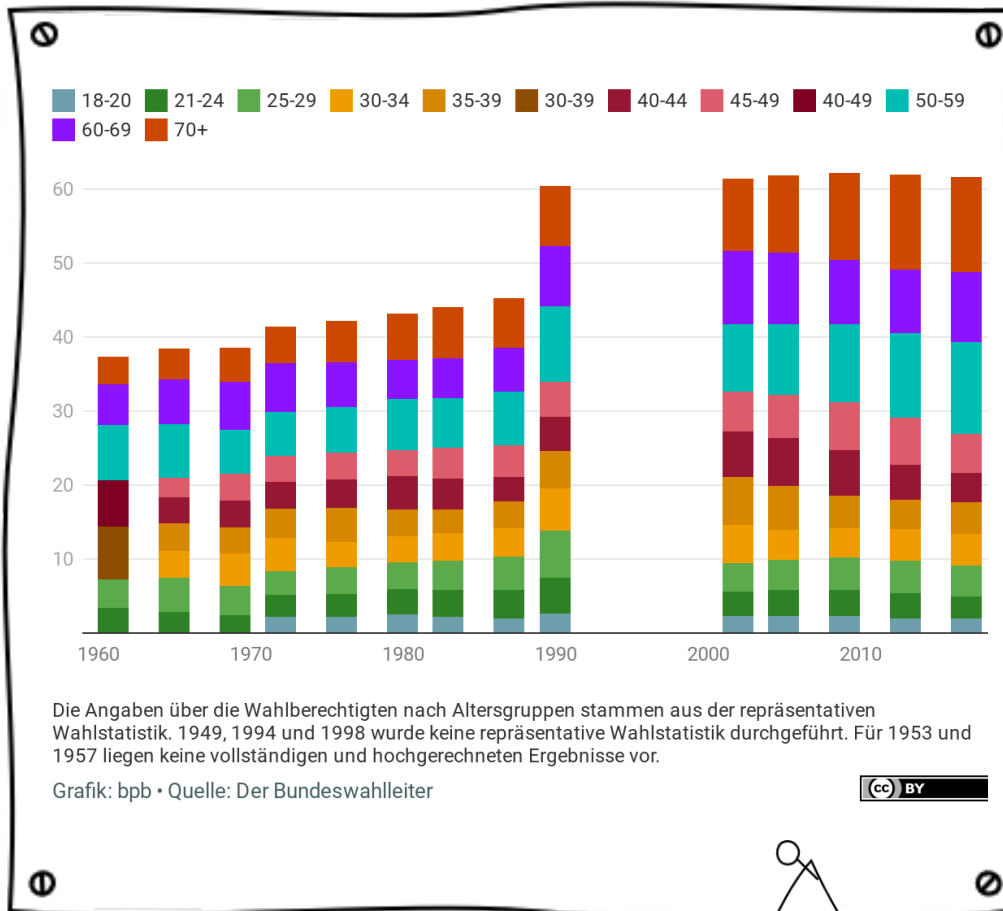
Subventionen für fossile Energieträger:

Subventionen für die Förderung, Verarbeitung und Nutzung von Kohle, Öl und Gas. Die deutsche Regierung subventioniert laut UBA Kohle, Öl und Gas mit ca. 45 Milliarden Euro pro Jahr.

Klima und Politik

Wahlberechtigte nach Altersgruppen

in Millionen Wahlberechtigten, Bundestagswahlen 1961-1990 und 2002-2017



Aufgabe:

Was ist Dir noch unklar, was möchtest Du noch fragen? Notiere Dir Fragen oder Erkenntnisse, die sich während des Vortrags ergeben.

Was kann ich zur Wahl beitragen?

